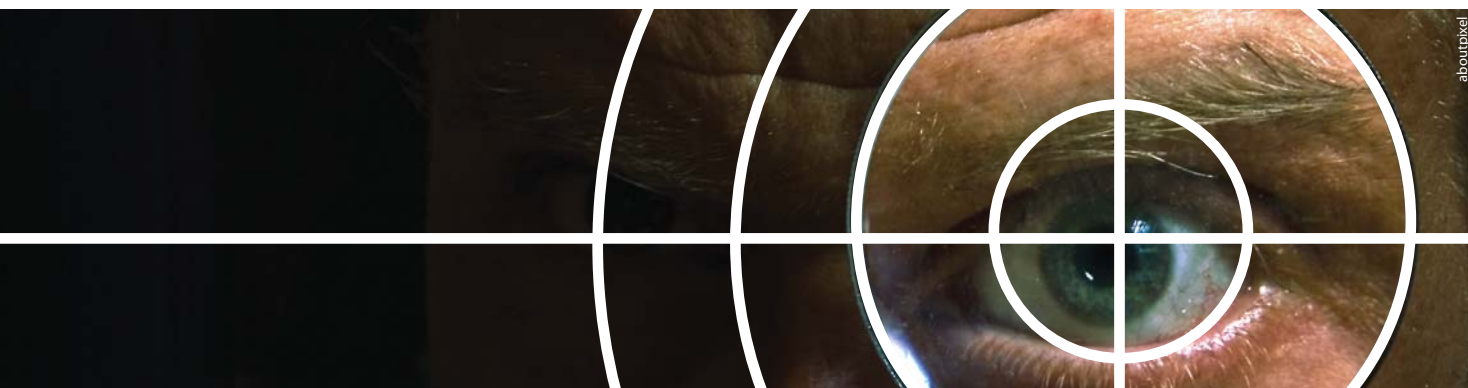


Big Brother 2.0 - Auf dem Weg in den Überwachungsstaat



aboutpixel

„Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten,“ sagt Wolfgang Schäuble gern, wenn er Bürgerrechte für Sicherheit beschneiden will. Doch seine Pläne zu Vorratsdatenspeicherung, Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung, biometrischen Pässen und der Anti-Terror-Datei sind gleichsam Anschläge auf die Privatsphäre aller.

Von **Grietje Bettin**

Beispiel Vorratsdatenspeicherung:

Künftig sollen in der gesamten EU alle Verbindungsdaten von Telefon, Internet und E-Mail sechs Monate gespeichert werden. Wer hat wann mit wem kommuniziert? Inhalte von Gesprächen und E-Mails werden zwar nicht erfasst, dennoch lassen gespeicherte Daten Schlüsse über das Privatleben zu. Es wird sichtbar, ob ich die Website einer Suchtberatung besucht, mit einem Journalisten oder meinem Arzt telefoniert

habe. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen. Ohne Erfolg: Schwarz-Rot will die Vorgaben umsetzen.

Schäubles Attacke auf die Bürgerrechte missbraucht die Terrorangst und gaukelt Sicherheit vor, die es nicht geben kann.

Beispiel Online-Durchsuchungen:

Terroristen und andere, die eine schwere Straftat planen, werden technisch damit umzugehen wissen. Damit ist die Gefahr nicht gebannt, aber normale Computer-nutzerInnen werden sinnlos ausspioniert.

Für JournalistInnen sind die Pläne verheerend. Die Datenspeicherung untergräbt den Schutz von InformantInnen, investigativer Journalismus ist im Kern bedroht. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem Telekommunikationsdaten von JournalistInnen nur in Ausnahmefällen an die Staatsanwaltschaft herausgegeben werden dürfen. Außerdem wollen wir die Überwachung von ÄrztInnen und AnwältInnen, JournalistInnen und anderen Berufsheimissträgern gesetzlich einschränken und sie damit vor Bespitzelung schützen.

Die Folge der Pläne der Innenminister: ein Staat, in dem alle Menschen täglich beweisen müssen, dass von ihnen keine Gefahr ausgeht. Dagegen werden wir kämpfen. ●

Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Claudia König
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

 www.g-bettin.de



Grietje Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Elbvertiefung: Es geht anders

Seiten füllen die Einwendungen und Stellungnahmen, die die Elbvertiefung nach derzeitigem Planungsstand als nicht hinnehmbar ausweisen. So nicht - zu diesem Schluss kamen auch die Experten und ZuhörerInnen unseres Fachgesprächs zur Elbvertiefung in Elmshorn, nachdem sie über Folgen und Gefahren einer weiteren Ausbaggerung für die Unterelbregion diskutiert hatten.

Von Rainer Steenblock

Das 330-Millionen-Euro-Projekt ist teuer und überflüssig. Wie meine Anfragen ergeben haben, kennt die Bundesregierung weder Zahlen zur angeblichen „Jobmaschine Hafen“, noch kann sie die wirtschaftliche Notwendigkeit der geplanten Maßnahme überzeugend begründen. Von der Europäischen Kommission will ich wissen, ob ein weiterer Eingriff in die Elbe nach EU-Recht genehmigungsfähig ist, wenn nicht einmal die bestehenden Umweltschäden ausgeglichen sind.



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Die wichtigste Botschaft an die Adresse der Hamburger Planer lautet: Es geht auch anders! Schön, dass die CDU in Niedersachsen sich jetzt auch der Umwelt annimmt. Durchsichtig ist hingegen, dass dieser Widerstand am Tag der Landtagswahl enden wird. Für uns Grüne gilt: Das Nein zur Elbvertiefung ist zu wenig, mehr Geld vom Bund keine Lösung. Wir müssen Alternativen aufzeigen und die Diskussion um ein nationales und europäisches Seehafenkonzept führen. Ziel ist ein integriertes Gesamtkonzept zur Seehafenentwicklung in Deutschland und der EU.

Den Bericht zum Fachgespräch und alle weiteren Papiere findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●



*Wie sicher sind die Deiche an der Unterelbe?
Eine der vielen ungeklärten Fragen bei der Elbvertiefung.*

Mit Meeresschutz Zukunftspolitik machen

rs Grüne Forderungen an eine nachhaltige und umfassende Meerespolitik habe ich am 1. April im Hamburger Rathaus vorgestellt und mit unseren Gästen diskutiert. Wir waren uns einig: Schutz und Nutzung der Meere sind zwei Seiten einer Medaille.

Ohne konkrete Maßnahmen für mehr Meeresschutz können wir unsere Meere langfristig nicht nutzen. Aber wir dürfen unsere Meere nicht auf ein reines Wirtschaftsgut reduzieren. Das Grünbuch der Europäischen Kommission zur EU-Meerespolitik geht in Sachen Meeresschutz leider nicht weit genug. Darum mischen wir uns mit einer Stellungnahme zum Grünbuch ein und debattieren einen Antrag im Bundestag. Eine zentrale Forderung lautet: Weg mit den Dreckschleudern! Wir brauchen strengere Grenzwerte, um den Schadstoffausstoß im Schiffsverkehr zu verringern. Schweröl und Abfälle aus Raffinerien müssen aus den Kraftstoffen verschwinden. Forschung und Innovation

im Bereich alternativer Antriebe und Kraftstoffe bieten enorme Potenziale für Klima und Wirtschaft. Auch dazu bereite ich einen Antrag vor.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat ihre Chance leider vertan, konstruktive Vorschläge für mehr Meeresschutz zu formulieren. Die Abschlusserklärung ihrer Bremer Konferenz wurde von den Umweltverbänden zu Recht als reine Wirtschaftsstrategie kritisiert.

Die grüne Stellungnahme zum Grünbuch Meerespolitik, unseren Antrag, den Bericht zur grünen Konferenz und weitere Infos findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●



EU-Ratspräsidentschaft: die lahme Ente scheut den Endspurt

rs Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft geht in die letzte Runde. Doch statt sich in den Endspurt bis zum 1. Juli zu stürzen, kommt sie als lahme Ente daher. Beispiel Klimaschutz: Bis 2020 wollen die EU-Mitglieder 20 Prozent weniger Kohlendioxid ausstoßen - gerade einmal die Hälfte dessen, was Experten empfehlen. Das Kyoto-Protokoll verpflichtet Deutschland ohnehin auf 21 Prozent weniger CO₂ bis 2012. Zu Hause hält Angela Merkel derzeit unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Hintertür für die Atomkraft offen. Ich bleibe dabei: Atomkraft - nein danke! Beispiel Verfassung: Wie Angela Merkel die EU-Skepsis überwinden will, ohne die Bürgerinnen und

Bürger einzubeziehen, bleibt ihr Geheimnis. Wir machen in einem Antrag konkrete Vorschläge zum Vertragsentwurf: wir wollen die Zweiteilung in einen Grundlagenvertrag mit Grundrechtecharta und institutionellen Neuerungen und einen Reformvertrag mit den Regelungen für die Politikbereiche. Mit Zusatzprotokollen wollen wir mehr Zusammenarbeit in der Klima-, Energie- und Sozialpolitik. Beispiel Außenpolitik: Wir müssen die Instrumente für die Beziehungen der EU zur engeren und weiteren Nachbarschaft überarbeiten. In einem Antrag habe ich unsere Forderungen an die Reform der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, die Zentralasien-

strategie und an die Definition der Beziehungen zu Russland formuliert.

Anträge zum Grundlagenvertrag, zur Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU, zur Zypernpolitik, zur Zentralasienstrategie sowie zur strategischen Partnerschaft mit Russland findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Pia Kohorst
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Widerstand gegen das AKW Brokdorf - was war, was wird?

gb Vor etwa dreißig Jahren begannen die Massenproteste gegen das AKW Brokdorf. Mit einer Podiumsdiskussion in Wilster wollten wir auf die vielfältigen Aspekte der Protestkultur von damals zurückblicken.

Im voll besetzten Saal saßen nun erstmals nach all den Jahren Demonstrierende und Polizisten beisammen. Damals in der Wilstermarsch waren sie durch ideologische und durch Wassergräben getrennt. Alle AKW-GegnerInnen galten, so Manfred Börner, damals Polizist in Ausbildung, als potentielle „Störer“. Deren vermeintliche Gewalttaten sollten unterbunden werden – und zwar ebenfalls mit Gewalt. Mit ihren Zweifeln und Ängsten wurden allerdings auch die Polizisten damals alleingelassen.

Den oder die typische AKW-GegnerIn gab es nicht. Ob besorgteR BürgerIn oder gewaltbereiter „Autonomer“ – einig waren sie sich nur im Widerstand gegen das AKW und im Misstrauen gegen den Staat. Dieser setzte auf Autorität statt auf

Dialog, ignorierte Bedenken und missachtete Bürgerrechte, so die damalige Demonstrantin Silke Dibbern-Voss. „Der Kontext war der Terror“, sagte Manfred Börner, und meinte damit die RAF. So wurde auch der Einsatz von Mitteln der „Terrorabwehr“ gegen AKW-GegnerInnen gerechtfertigt. Spitzel schleusten sich in WG's und Bauernhäuser ein, Repressionen waren Alltag.

Aber es gab auch positive Momente. Silke Dibbern-Voss berichtete über viele Freunde, die sie damals gewann. „Irgendwie war es ja auch toll, die ganze Welt war bei uns zu Gast“, so die gebürtige Wilstermarscherin. Viele Fragen blieben offen. Zu vielschichtig ist die Protestgeschichte. Darauf wies der Historiker Kai Hünemörder hin. Der

Protest riss Gräben in Dorfgemeinden und Familien. Brokdorf sensibilisierte wie nur wenige Ereignisse zuvor für das Thema Energie. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wurde ein Stück weit neu definiert. Das Demonstrationsrecht wurde nach den Protesten durch das Bundesverfassungsgericht wesentlich gestärkt. Und das sind nur einige Facetten des Widerstands gegen das AKW.

„Demokratie braucht den Protest.“ Dieser Satz eines Polizisten beschreibt den Wandel, den der Protest gegen Brokdorf einleitete. Wenn die Polizei heute ihr Aufgabe auch darin sieht, friedliche DemonstrantInnen zu schützen und nicht die Interessen einer Lobby, dann wurden zumindest hier einige richtige Schlüsse gezogen. Diese Veranstaltung kann nur ein Auftakt dafür sein, sich stärker mit der Erinnerung an eine Protestkultur mit historischem Ausmaß zu beschäftigen. Weitere Aufarbeitungsschritte werden folgen. ●